

# Departement des Auswärtigen.

Ordnung vom 7. d. d. d.

Das niederrheinische Jugendumment des Reichs  
mündigen (politischen) behandelt:

Konflikt mit  
Deutschland.

2861

1. Das vorgelagerte Andreestexte sind die mündlich  
veröffentlichte sind in Abschrift mitgedruckte Note der dän.  
Herr Reichskanzler vom 26. Juni ab für die Genehmigung  
zu erhalten sind das auf das gemeinsame Ju-  
gendumment zu veröffentlichen, dass dänischen Ge-  
fordern, haben von Bülows, von dieser Ordnung  
eine Abschriftigung zu erhalten.

2. zu beschließen; es seien alle gewisse den beide  
seitigen Regierungern mitgemeinhalten Note über  
die gegenmündigen Aussätze mit Zeitfluss in  
Bündelblatt, deutsche und französische Ausgabe,  
zu veröffentlichen.

3. es sei eine Untersuchung über die Organisa-  
tion der deutschen Sozialisten in der Schweiz vor-  
zunehmen.

Die Note des Fürsten von Bismarck vom 26.  
Juni lautet wie folgt:

(Diese Teilung)

Über Punkt 3 oben bemerkt das Departement,  
dass der Bündelband in seiner letzten Note von Herrn  
von Bülowe vorausgesetzt, die Cantonalversammlung  
der deutschen politischen Parteien, die nach London  
gelagt worden, von dem Organ daraufhin publiziert  
werden. Diese Befugigung würde nicht abzu, von.



Zwei Post. v. 9. Juli 1889

dodis.ch/42398

Rainpfeiff

Abschrift

Varzin, den 26 Juni 1889

Mit Ew. Tit Schreiben vom 18 d. M. habe ich die beiden Notizen erhalten, welche Herr Droz untern 15 und 17 an Sie gerichtet hat. Nach Inhalt desselben hat der Bundesrath sein Bedauern darüber ausgesprochen, dass die Ksl. Regierung es abgelehnt hat, den Hergang der Wohlgemuth'schen Sache einer neuen Prüfung zu unterziehen.

Wir haben dies in der Ueberzeugung gethan, dass keine neue Prüfung an der Thatsache etwas ändern kann, dass ein Kaisl. Polizeibeamter unter Wissen und Mitwirkung eidgenössischer Beamter, auf Schweizer Gebiet gelockt worden ist, um dort eingesperrt zu werden, und dass die Schweizer Centralbehörde sich dieses Verfahren der Kantonalbehörden angeeignet hat, indem sie den Kaisl. Beamten mit der Strafe der Ausweisung belegte. Diese Thatsache würde durch keine weiteren Ermittlungen aus der Welt geschafft werden. Durch diese Ausweisung hat die Schweizer Centralbehörde ihren Entschluss bekundet, deutschen Beamten, welche Erkundigungen ueber das Treiben unserer deutschen Gegner in der Schweiz einzuziehen den Auftrag haben, nicht dieselbe Duldung und Nachsicht zu gewähren, deren sie dort befindlichen reichsfeindlichen Deutschen sich in so reichem Masse erfreuen.

Nachdem uns auf diese Weise die Möglichkeit benommen ist, uns gegen die in der Schweiz geduldeten deutschen Reichsfeinde und gegen deren Untriebe und Brandschriften durch Beobachtung an Ort und Stelle zu schützen, werden wir, wie dies in meinem Schreiben vom 6 d. M. an Ew. Tit dargelegt worden, genöthigt sein, die Kontrolle des feindlichen Treibens auf die deutsche Seite der Grenze zu verlegen, obgleich wir uns sagen müssen, dass dies dort nur unvollständiger und mit grossem Schaden für den friedliebenden Theil der Bevölkerung beider Länder durchgeführt werden kann.

Die Massregeln, welche zu diesem Behufe zu treffen sind, werden nicht ohne Berührung mit den Bestimmungen des Niederlassungsvertrages bleiben können, in Bezug auf welchen die Schweizer Regierung über die Tragweite des Art. 2 mit uns verschiedener Meinung ist. Der Wortlaut dieses Vertrages lässt unseres Erachtens eine solche Meinungsverschiedenheit nicht zu. Er bestimmt, dass die sich Niederlassenden mit gewissen Zeugnissen ihrer Heimathbehörde versehen sein müssen. Wenn die Schweizer Auslegung die richtige wäre, wenn jede der beiden Regierungen, und namentlich die deutsche, der anderen nur das Recht hätte wahrer wollen, diese Zeugnisse zu fordern oder nicht, so würde der Text dahin gefasst worden sein, dass jede der beiden Regierungen die fraglichen

Zeugnisse fordern Kaum, dass sie sich das Recht vorbehält, es zu thun oder zu lassen. Wenn hier das Wort "müssen" gewählt ist, so beweist dies, dass wir wenigstens schon damals im Jahre 1876 Werth darauf gelegt haben, gegen die Möglichkeit gesichert zu werden, dass jeder Deutsche, welcher mit den Behörden seines Vaterlandes in Unfrieden lebt, in der Schweiz den Schutz dieses Vertrages für sich in Anspruch nehmen könne. Die Note des Herrn Droz hält diese Auslegung für unzulässig, weil sie mit dem Landeshoheitsrecht der Vertragsschliessenden unerträglich sein würde. Ich könnte darauf einfach erwidern, dass jeder internationale Vertrag, soweit er überhaupt Pflichten und Rechte gewährt, eine Beeinträchtigung der unbeschränkten Freiheit in Ausübung der Souveränitätsrechte eines jeden der Vertragsschliessenden enthält. Dass wir in Deutschland den Art. 2 des Vertrages vom 27 April 1876 für keine zu weit gehende Beeinträchtigung der Landeshoheit halten, geht hervor, dass im Deutschen Reiche der Art. 2 des Vertrages seit länger als einem Jahrzehnte im Sinne unserer Auslegung zur Ausführung gelangt, und wir den Schweizer Unterthanen die Niederlassung nur gestatten, wenn sie die im Art. 2 erwähnten Zeugnisse ihrer Heimath vorlegen. Wenn diese Praxis mit der Souveränität des deutschen Reiches vereinbar ist, so hat für uns natürlich das Argument, dass die Schweizer Landeshoheit eine solche Concession nicht gestatten würde, keine überzeugende Kraft, namentlich da es sich nicht, wie Herr Droz sagt, um admission des étrangers allgemein handelt, sondern nur um die Art der Behandlung deutscher Unterthanen bei ihrer Zulassung in der Schweiz. Dieselben behalten die Eigenschaft deutscher Unterthanen, auch in der Schweiz, und es ist nur natürlich, dass vertragschliessende Staaten sich über die Behandlung ihrer eigenen Unterthanen im anderen Lande besondere Zusicherungen in Verträgen ausbedingen. Die Deutschen, welche in der Schweiz sich niederlassen, bleiben nichts destoweniger deutsche Unterthanen, und zwischen zwei Staaten, welche in dem Grade befreundet sind, wie die Schweiz und das deutsche Reich es im Jahre 1876 waren, war es erklärlich und gebräuchlich, dass gegenseitige Zusicherungen des einen nebst der Behandlung, einschliesslich der Kontrolle der Unterthanen des anderen gegeben wurden. Verträge, wie der Niederlassungsvertrag vom Jahre 1876, sind aber durchführbar nur da, wo und nur so lange wie zwischen beiden Theilen das Mass von gegenseitigen Wohlwollen besteht, welchem darin Ausdruck gegeben ist. Zu unserem Bedauern ist unser Wohlwollen für das Schweizer Nachbarland aber zu einseitig geworden und der Inhalt jener Verträge dürfte mit den durch diese Aenderung geschaffenen Beziehungen nicht mehr in Uebereinstimmung sein. Die Schweizer Regierung hat uns bisher den Art. 2 des Vertrages einfach nicht erfüllt und gerade darin wird eine der Hauptursachen der beklagenswerthen Veränderung unserer gegenseitigen Beziehungen zu suchen sein. Hätte die Erfüllung stattgefunden, so ist kaum anzunehmen,

7

dass bei den deutschen Regierungen das Bedürfnis fühlbar geworden wäre, ihre in der Schweiz niedergelassenen Untertanen und deren Treiben polizeilich zu beobachten. Durch die Note vom 15<sup>ten</sup> ist die Nichterfüllung des Art 2 zum ersten Male prinzipiell und amtlich konstatiert worden. Wir wären daher in der Lage, den Vertrag vom Jahre 1876 wegen amtlicher Ablehnung der Erfüllung von Seiten der Schweiz schon jetzt für hinfällig zu erklären. Aus Rücksicht auf die Folgen für die von dieser unvorhergesehenen Aenderung betroffenen Angehörigen beider Länder ziehen wir aber den Weg der im Art. 11 vorbehaltenen Kündigung vor, und werden Ew. Tit zu diesem Behufe die nöthigen Ermächtigungen zugehen.

Wenn ich aus der Note vom 17<sup>ten</sup> die Aenderung entnehme, dass die Schweizer Regierung sich mit den ihr wünschenswerth erscheinenden Verbesserungen ihrer internationalen Polizei beschäftigt, so entnehme ich daraus gern die Hoffnung, dass das Ergebnis dieser Bemühungen uns in Zukunft der Nothwendigkeit ueberheben werde, unseren Schutz gegen verbrecherische Unternehmungen Deutscher, in der Schweiz wohnender Sozialdemokraten ausschließlich selbst und diesseits der Grenze zu uebernehmen. Wir werden uns freuen, wenn in der Schweiz Einrichtungen ins Leben treten, welche uns das Vertrauen wiedergeben, dass unsere innere Sicherheit von dorther nicht stärker, als an den übrigen Grenzen des deutschen Reiches bedroht ist. Artikel 2 des Vertrags würde, wenn er in der Schweiz mit gleicher Genauigkeit wie in Deutschland bisher gehandhabt worden wäre, schon bisher verhütet haben, dass dieses Vertrauen erschüttert werden konnte, und wir würden den Glauben nicht verloren haben, dass das Wohlwollen der Schweizer gegen ihre deutschen Nachbarn noch heute dasselbe wäre, wie es bei Abschluss eines so intimen Vertrages, wie der von 1876 war, vorausgesetzt wurde.

Herr Droz schließt die Note vom 17. mit dem Verlangen dass wir die Regierung und das Volk der Schweiz nicht für Förderer der Revolution und der Anarchie halten sollen. Ich erinnere mich nicht, dass wir dem auswärtigen Departement der Eidgenossenschaft einen dahingehenden Vorwurf gemacht hätten. Ich zweifle auch nicht an der Absicht der eidgenössischen Centralbehörde, die Pflichten internationaler Nachbarschaft in dem Sinne des Schlusses der Note zu erfüllen, aber ich muss annehmen, daß die bisherige Gesetzgebung der Schweiz der Central-Regierung nicht die erforderlichen Mittel gewähre, um die Lokalbehörden in einzelnen Kantonen zur Beobachtung der Rücksichten gegen auswärtige Mächte nöthigen zu koennen, welche zur Erhaltung des guten Einverständnisses zwischen benachbarten Ländern unentbehrlich sind. Zu den dazu erforderlichen Attributen der Centralgewalt eines Bundesstaats zählen wir namentlich das Recht, jede Lokalbehörde zur Beobachtung der im Namen der Gesamtheit geschlossenen internationalen Verträge anzuhalten. Ohne eine Sicherheit hierfür würden die deutschen Regierungen kein Interesse daran haben, für den jetzt zu kündigenden Niederlassungsvertrag demnächst einen Ersatz anzustreben.

Ew. Hochwohlgebornen ersuche ich, den vorstehenden Erlaß dem Herrn Departementschef Droz vorzulesen und ihm, wenn er es wünscht, Abschrift davon zurück zu lassen.

(gez.) von Bismarck.

Hochwohlgebornen dem Kaiserlichen Gesandten  
Herrn von Bülow. Bern.

216 Protokoll v. 9. Juli 1889  
Reinhardt

Copie.

Berne, le 10 Juillet 1889.

de soussigné a été chargé de répondre comme suit à la dépêche de Son Altesse le Prince de Bismarck, du 26 juin, dont Son Excellence M. de Bülow lui a remis copie le 1 juillet.

Dans sa note du 15 juin, le soussigné avait déclaré qu'il ne reviendrait pas de son chef sur l'incident Wohlgenuth. S'il le fait aujourd'hui, c'est pour réitérer simplement, en réponse à la dépêche: 1°- que les autorités suisses n'ont en aucune manière ni tendu ni contribué à tendre un piège à l'inspecteur de police de Mülhouse; 2°- que ce fonctionnaire a été incarcéré puis expulsé non point parce qu'il serait venu en Suisse prendre des informations, mais parce qu'il y avait fomenté de l'agitation; 3°- qu'une discussion amicale contradictoire aurait, à notre avis, mis ces faits en pleine évidence.

Le Conseil fédéral ne peut donc admettre comme justifiées les déductions que S.A. le Prince de Bismarck tire de cet incident; il envisage au contraire qu'en manifestant sa ferme intention de faire cesser sur territoire suisse toute agitation factice ou réelle, il a agi dans l'intérêt bien entendu des deux pays.

Dans sa dépêche le Prince-Chancelier maintient et développe sa manière de voir quant au sens et à la portée de l'article 2 du traité d'établissement. Le Conseil fédéral regrette profondément d'avoir vu surgir une interprétation du traité, dont, jusqu'aux récentes communications du gouvernement impérial, il n'avait jamais été question entre les deux pays. Même si nous concédions que, dans sa teneur littérale, l'article 2 est susceptible d'une double interprétation, le gouvernement impérial, pour faire prévaloir la sienne, devrait pouvoir établir qu'elle correspond effectivement à la volonté des parties contractantes au moment de la conclusion du traité.

Or, à cet égard, il ne peut subsister aucun doute: le message du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale sur notre traité d'établissement avec l'Allemagne (3 Juin 1876), le rapport de la commission du Conseil des Etats (20 Juin 1876) et enfin le mémoire du Chancelier de l'Empire au Reichstag (18 novembre 1876) sur le même objet prouvent clairement et d'une manière concordante que les deux gouvernements n'ont pas entendu restreindre leur droit de recevoir chez eux qui bon leur semble, mais qu'ils ont eu pour but unique de déterminer les conditions moyennant lesquelles le séjour ou l'établissement sur le territoire de l'un des Etats ne pourrait pas être refusé aux ressortissants de l'autre.

Pour ne citer ici que le seul document, voici comment s'exprime le mémoire (Denkschrift) du Chancelier Impérial relativement à l'article 2 du traité d'établissement:

« Artikel 2 bestimmt, welche Ausweisschriften die Deutschen auf Erfordern beizubringen haben, um in der Schweiz Wohnsitz zu nehmen oder sich dort niederzulassen. Auch in dieser Beziehung wird von den Deutschen nicht mehr verlangt, als von den Angehörigen der Schweizer Kantone ».

Les mots « auf Erfordern », pour avoir un sens ne peuvent évidemment

/.

se rapporter qu'aux autorités suisses. Ils montrent bien que, dans l'opinion de l'auteur du message au Reichstag allemand, les ressortissants de l'Empire, pour prendre résidence en Suisse, doivent être en mesure de fournir les pièces justificatives prescrites, lorsque celles-ci sont exigées; mais que les autorités suisses n'ont nullement l'obligation de les exiger.

C'est là ce qui résulte aussi de l'histoire des négociations de notre traité d'établissement avec l'Allemagne, auxquelles les traités semblables conclus, le 31 octobre 1863, par la Suisse avec le Grand Duché de Bade, le 30 juin 1864, avec la France, et le 18 mars 1869 avec le Royaume de Wurtemberg, ont servi de base. L'article 4 du traité avec le Wurtemberg dit que, pour obtenir la faculté de s'établir de part et d'autre, il suffit de déposer un acte d'origine et un certificat de bonne vie et moeurs et de non-indigence. De l'obligation pour l'un ou l'autre pays d'exiger ces papiers de légitimation il n'en est pas question. La formule plus rigoureuse du traité du 27 avril 1876 fut proposée par le délégué suisse pour bien marquer que les Allemands ne pourraient éluder les prescriptions des lois suisses sur la police des étrangers et pour le rendre concordant avec l'article 2 de notre traité d'établissement du 30 juin 1864 avec la France. Voici la teneur de l'article 2 de ce dernier traité :

« Pour prendre domicile ou former un établissement en Suisse, les Français devront être munis d'un acte d'immatriculation constatant leur nationalité, qui leur sera délivré par l'Ambassade de France, après qu'ils auront produit des certificats de bonne conduite et de bonnes moeurs, ainsi que les autres attestations requises. »

Les deux textes sont donc bien identiques dans leurs dispositions essentielles. Or, comme le Chancelier de l'Empire d'Allemagne en 1876, la France n'a jamais compris les stipulations de cet article dans le sens d'une obligation imposée à la Suisse de restreindre ses permis de résidence aux seuls Français remplissant les conditions qui y sont énumérées, mais dans le sens d'un droit de la Suisse d'agir de la sorte. Il en est de même des autres pays avec lesquels nous avons des conventions semblables.

Nous ne pouvons, après cela, ne pas manifester notre surprise d'entendre affirmer que, déjà en 1876, le gouvernement impérial aurait attaché de l'importance à empêcher la Suisse, par les stipulations du traité d'établissement, de donner accueil à tous ceux de ses sujets qui ne vivent pas en paix avec ses autorités. Si ce désir a existé, il est demeuré secret, le négociateur allemand ne l'a pas exprimé et l'article 2 du traité n'en est pas l'expression. Une semblable tendance aurait été, du reste, contraire à l'esprit du traité, qui a pour but de faciliter et non pas d'entraver l'établissement réciproque des ressortissants d'un Etat dans le territoire de l'autre en leur assurant, sous ce rapport, le maximum de droits et d'avantages possibles.

Nous devons donc repousser l'imputation que nous n'aurions pas observé les stipulations du traité du 27 avril 1876 et contester absolument au Gouvernement impérial le droit de le déclarer devenu caduc pour cause de non-observation de notre part.

Quant à la manière dont le traité a été exécuté de part et d'autre, nous nous bornerons à faire ressortir les quelques considérations suivantes.

En premier lieu, des renseignements précis nous permettent d'affirmer que le certificat de bonne vie et moeurs n'a pas été, dans tous les cas, réclané des citoyens suisses établis en Allemagne.

Ensuite il est à remarquer que, par diverses publications officielles, entre autres par la circulaire du 13 septembre 1880, qui a donné lieu à une correspondance diplomatique avec la légation d'Allemagne, à Berne, par la circulaire complémentaire du 16 février 1881, et, à répétées fois, par son rapport annuel de gestion, le Conseil fédéral a fait suffisamment connaître sa manière d'appliquer l'article 2. Les documents ayant été remis dès leur apparition à la légation d'Allemagne, - sans que, du reste, elle élevât jamais aucune réclamation contre leur contenu - , l'on ne peut concevoir comment le gouvernement impérial en vient à prétendre aujourd'hui que c'est seulement par notre note du 15 juin qu'il aurait appris quelle est notre interprétation du traité.

Enfin, nous devons faire observer que nos polices cantonales ont toute raison de se montrer sévères, en ce qui concerne les papiers de légitimation d'étrangers, pour empêcher l'invasion d'éléments équivoques, qui deviennent si facilement une charge et un danger pour notre pays. C'est cette préoccupation qui a présidé de notre part à la rédaction du traité du 27 avril 1876. Sans faire un trop grand fond sur les certificats de bonne vie et moeurs, souvent délinés dans des conditions qui leur ôtent toute créance sérieuse - car il arrive que les pires sujets, anarchistes et révolutionnaires, ayant des papiers parfaitement en règle sont reçus sans difficulté - , nous sommes cependant loin de vouloir renoncer à cette garantie, dans notre propre intérêt. Et nous prenons volontiers acte de ce que nos autorités cantonales pourront désormais exiger la production de cette garantie d'une manière encore plus rigoureuse, sans risquer de voir le gouvernement impérial demander lui-même des tempéraments dans l'exécution de cette clause du traité.

Le soussigné espère que Son Altesse le Prince Chancelier voudra bien se convaincre par l'exposé qui précède, que le Conseil fédéral n'a jamais eu l'intention qu'on lui prête de subordonner l'admission des Allemands en Suisse au placet du gouvernement impérial, ni de revendiquer pour lui un droit réciproque vis-à-vis des Suisses qui prennent résidence en Allemagne. S'il est vrai, ainsi que le dit la dépêche du 26 Juin, que tout traité international implique pour chacune des parties contractantes, dans la mesure des droits qu'il crée et des obligations qu'il impose, l'abandon d'une part de sa souveraineté, il n'est pas moins certain qu'il y a des attributs de sa souveraineté que la Suisse n'a jamais consenti et ne consentira jamais à restreindre de son plein gré par la voie de stipulations internationales. Et l'exercice du droit de asile est l'un de ces attributs, toute l'histoire de la Suisse le prouve. Ce sont là des principes dont nous ne pouvons nous départir et qui nous dirigeront

✓

si nous avons à négocier un nouveau traité d'établissement avec l'Allemagne; il nous a paru nécessaire de le rappeler.

La question des mesures destinées à empêcher que du territoire suisse des menées anarchistes et révolutionnaires ne puissent être dirigées contre la paix intérieure de l'Empire, et à réprimer celles qui, malgré les précautions prises, viennent malheureusement à se produire, a déjà fait l'objet des précédentes communications du sousigné. Le Conseil fédéral ne peut que réitérer les déclarations catégoriques qu'il a données à ce sujet. Reconnaissant dans leur plénitude les devoirs internationaux qui incombent à la Confédération aussi bien qu'à tout gouvernement soucieux de maintenir ses bons rapports avec des pays amis, le Conseil fédéral a montré en toute circonstance et par des faits sa ferme résolution de ne tolérer en Suisse aucun acte contraire au droit des gens et aux égards que les Etats se doivent entre eux. En agissant ainsi, il n'est que l'expression de la volonté du peuple Suisse qui s'est en particulier manifestée par les votes unanimes des Chambres fédérales lorsqu'on a dû faire appel à leur concours législatif.

Actuellement, grâce aux mesures énergiques, prises dans les dernières années, aucun chef connu du mouvement anarchiste et révolutionnaire n'est établi ou toléré en Suisse. La création d'un office central pour la police politique, telle qu'elle résulte en particulier de la décision prise par les Chambres dans leur dernière session, permettra de suivre mieux encore et de réprimer dans les limites de notre constitution, toutes les manifestations nouvelles qui, soit dans le domaine de la presse, soit dans celui des associations et réunions, revêtiraient un caractère illicite ou dangereux et menaceraient nos relations internationales.

Le Conseil fédéral ne doute pas que ces explications ne soient de nature à rassurer complètement le gouvernement impérial et à le convaincre qu'il n'y a pas lieu pour lui de recourir à des moyens exceptionnels, contraires aux intérêts des deux Etats. Si nous insistons avec tant de fermeté sur le respect de nos droits, c'est parce que nous avons la volonté non moins ferme de remplir scrupuleusement nos devoirs internationaux spécialement vis-à-vis de l'Allemagne, avec laquelle nous avons toujours été désireux d'entretenir les meilleurs rapports.

Le sousigné prie Son Excellence M. de Bülow de porter ce qui précède à la connaissance de Son Altesse le Prince de Bismarck et de vouloir bien agréer les assurances de sa haute considération.

(Signé)

Droz.



# 87. Sitzung vom 9. Juli 1889.

einigen Freund, darunter auch die von dem  
 geborenen Partei, und welche sich die beigefügten  
 Zusätze des Herrn Ministers Roth in Berlin vom die-  
 ses Monats bezieht. Aber auch abgesehen davon erscheint  
 es dem Jugendmann angelegentlich das Organisations-  
 Komitee, daß auf Meinungsfragen Gebiet eine voll-  
 ständig organisierte unbewegliche politische Partei,  
 existiert, dringend geboten, daß das Bundesamt über  
 diese Organisation, ihre Ziele und Arbeitsmittel  
 kundtut, sei, um mit Konkretheit nachzugehen  
 zu können, ob dieselbe zu bilden oder zu liquidieren  
 anzusetzen sei.

Die Angelegenheit des Jugendmanns des Oberwä-  
 ligen Landes (mit einigen Änderungen im vor-  
 gebogenen Entwurf zu einem Note an die Sachliche  
 Gesellschaft) genehmigt.

Die von Herrn Dr. als Vorkauf des Ju-  
 gendmanns des Oberwä ligen, abzugebende Auf-  
 weisung lautet wie folgt:

(siehe Anlage).

Die Fortsetzung der Diskussion über die Sa-  
 chliche Gesellschaft über Angelegenheiten, welche die Sachliche,  
 die Unternehmung anderer Angelegenheiten, insbeson-  
 dere auch über die politische Tätigkeit der Freunde  
 in der Schweiz Absicht zu erhalten, über die  
 Zeit der Freunde, welche Mitglieder von der Schweiz-  
 zischen Arbeitsvereinigung angeführten Gesell-  
 schaften sind, eine Statistik oder eine Manuskri-  
 ptensammlung anzulegen, und die Statistiken dieser Ge-  
 sellschaften einzufügen, wird auf eine spätere Si-  
 zung verwiesen.

Protokollmäßig aus Oberwä ligen zur Vollziehung  
 ad 1 und 2 unter Arbeitspflicht und aus Sachliche  
 und Polizei-Jugendmann zur Vollziehung ad 3.